



Dringlicher Bevölkerungsantrag 362

Eingang Stadtkanzlei: 9. Dezember 2019

Es bleibt dabei:

SpangeNo – Nein zur Reussportbrücke und zum Basisausbau

Gestützt auf Art. 29a der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 und Art. 101f. des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000 reichen die unterzeichneten Personen nachstehenden Bevölkerungsantrag ein:

Der Regierungsrat des Kantons Luzern lädt zur Vernehmlassung der sogenannten Bestvariante Spange Nord bis Ende März 2020 ein. Bei dieser Vernehmlassung soll der Regierungsrat eine sehr deutliche Botschaft aus der Stadt empfangen. Die betroffene Bevölkerung und solidarische Bürgerinnen und Bürger aus anderen Stadtteilen bitten den Stadtrat, dass er sich in seiner Vernehmlassungsantwort gegenüber dem Regierungsrat klipp und klar sowohl gegen die Reussportbrücke als auch gegen den Basisausbau ausspricht. Der Stadtrat wird gebeten, dem Regierungsrat aufzuzeigen, dass die geplanten Eingriffe in Wohnquartiere und in die Ökologie völlig unhaltbar sind und die Lebensqualität der betroffenen Bevölkerung unwiederbringlich massiv negativ beeinträchtigt würde. Im Weiteren wird der Stadtrat gebeten, sich in der Vernehmlassung für die durchgehende Busspur von Kriens nach dem Luzernerhof einzusetzen.

Begründung

Ende Oktober 2019 hat der Regierungsrat des Kantons Luzern die «Bestvariante» der Spange Nord vorgestellt. Der Regierungsrat verkauft die Variante «Reussportbrücke» als stark redimensionierte Spange Nord. Gegenüber dem bisherigen Projekt Spange Nord «fehlt» bei der aktuellen Bestvariante lediglich ein Ausbau der Strassenkapazität im Gebiet Friedental. Es bleiben aber in jedem Fall dieselben immensen städtebaulichen Eingriffe mit negativen Auswirkungen auf die Lebensqualität in den Gebieten Fluhmühle/Udelboden, Rosenberg, Schlossberg, Zürichstrasse, Maihof, Kreuzstutz-Kreisel, Bernstrasse, Baselstrasse und Kasernenplatz. Die vermeintlich redimensionierte Spange Nord ist ein Etikettenschwindel. Hinzu kommt die unhaltbare Tatsache, dass auf eine durchgehende Busspur von Kriens nach dem Luzernerhof verzichtet werden soll. Neben dem Verlust von Lebensqualität würde die Bevölkerung mit mehr Lärm und Abgasen belastet und ein einmaliger Naturraum an der Reuss ginge verloren.

Deshalb sagt die betroffene Bevölkerung vom Einzugsgebiet Maihof bis zur Fluhmühle entschieden Nein zur Reussportbrücke und zum Basisausbau. Dabei werden sie unterstützt von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern aus anderen Stadtteilen, Quartiervereinen und vielen weiteren Organisationen.

Guerino Riva, Barbara Seiler und Ruedi Schmidig
namens der Antragstellenden